

Beschluss:

Ratsfrau Milkert stellt für die SPD-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag, demzufolge die Verwaltung in der nächsten Ratsversammlung und ggf. in den folgenden Sitzungen über das mit den Krankenkassen erzielte Verhandlungsergebnis informieren möge.

Herr Stadtrat Dörflinger weist zu den TOPs 34. und 35. darauf hin, dass eine Gesetzesänderung auf Bundesebene ursächlich sei. Es wurden Regelungen zur Ausbildung verändert. Die Länder seien gezwungen, diese im Landesrecht zu übernehmen.

Derzeit werde in einem Normenkontrollverfahren die Frage der Refinanzierung geprüft. Das Verfahren könne sich als durchaus langwierig erweisen.

Die Verwaltung werde auf Wunsch über die jeweils aktuellen Zwischenstände informieren.

Ratsherr Ketelhut äußert in Bezug auf den Ergänzungsantrag, dass eine Berichterstattung im Fachausschuss völlig ausreichend sei. Eine Information in der Ratsversammlung sei nicht erforderlich.

Sodann wird über den Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion abgestimmt.

Dieser wird mit 25 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD	13		
Die Grünen		5	
BfB		2	
FDP		2	
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor			
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	15	24	-

Der Vorlage in der ursprünglichen Fassung wird einstimmig zugestimmt.